

Presseinformation

EEG Novelle gefährdet Wertschöpfung und Beschäftigung in der Offshore-Windbranche

Berlin, 07. Juli 2016. Die Offshore-Branche kritisiert die in der EEG Novelle vorgesehene Reduzierung des jährlichen Ausbaus der Offshore-Windenergie nach 2020. Entgegen ursprünglicher Planungen sollen in den Jahren 2021/22 nur noch jeweils 500 MW (vorher 730 MW) und in den Jahren 2023 – 2025 nur noch jährlich 700 MW ausgeschrieben werden. „Ein verringertes Ausbauvolumen gefährdet nicht nur das Erreichen der nationalen und internationalen klimapolitischen Ziele, sondern wäre darüber hinaus mit entsprechenden Auswirkungen auf Wertschöpfung und Beschäftigung verbunden. Dieser ‚Fadenriss‘ muss unbedingt verhindert werden“, erklärten die Organisationen und Verbände der Offshore-Windenergiebranche.

Die Branchenvertreter sagten zudem: „Effektive Kostensenkungen sind nur mit einem kontinuierlichen Ausbau und einem ausreichenden Ausbauvolumen möglich. Die aktuellen Ausschreibungsergebnisse für die niederländischen Offshore-Parks Borssele 1 und 2, die mit einer Leistung von 700 MW in 2020 ans Netz gehen sollen zeigen bereits eine deutliche Reduzierung der Kosten.“ Die Niederländer planen im Gegensatz zu Deutschland pro Jahr 700 MW auszuschreiben.

Kritik äußerte die Branche auch an der Fokussierung auf die Ostsee im Jahr 2021 und 2022: „Um einen optimalen Ausbau zu gewährleisten sollten die besten Standorte und Projekte den Zuschlag erhalten unabhängig von der geographischen Lage.“

Die Organisationen erklärten weiter: „Zur kurzfristigen Überbrückung von Netzengpässen sollten Verfahren zu besserer Netzauslastung und technische Innovationen genutzt werden.“ So zeige eine aktuelle Studie von Fichtner GmbH und GGSC Rechtsanwälte, dass Netzengpässe an Land – die derzeit in kritischen Situationen auch den Abtransport von Offshore-Windstrom erschweren – unter anderem durch eine verbesserte Netzauslastung mittels so genannter „dynamischer Echtzeitverfahren“ kurzfristig zu überwinden sind bis ausreichend Leitungskapazität vorhanden ist. Zudem könnte beispielsweise die verstärkte Nutzung von Hybridleitungen, Hochtemperaturleitern und Temperaturmonitoring sinnvoll sein.

Vor allem aber müssten die heute zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten zur besseren Auslastung der bestehenden Netze (Online-DSA, Dynamic Security Assessment) zügig im realen Netz Anwendung finden.

Mit der EEG Novelle sieht die Branche auch die internationale Bedeutung der deutschen Offshore-Windindustrie in Gefahr: „Deutschland liegt weltweit auf dem zweiten Platz beim Offshore-Windausbau und ist führend bei der Offshore-Technologieentwicklung. Die EEG Novelle gefährdet diese Vorreiterrolle Deutschlands beim weltweiten Klimaschutz und bei technischen Innovationen.“ Wenn die Bundesregierung international bei der Umsetzung der Pariser Beschlüsse Gas gebe, aber national auf die Bremse drücke, passe das nicht zusammen.

Ursprünglich (2014) lagen die Ausbauziele der Bundesregierung für Offshore-Wind in Deutschland bis 2030 bei 25 GW. Jetzt sind nur noch 15 GW vorgesehen.

Als Verbesserung sieht die Branche, die mögliche Realisierung von Pilotanlagen auch schon vor 2020.

Die Branche beschäftigt aktuell rund 19.000 Menschen in Deutschland und hat in den vergangenen Jahren ein Umsatz von jährlich rund 1,9 Mrd. Euro gemacht.

Pressekontakt

Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE
Sebastian Boie
Schiffbauerdamm 19
10117 Berlin
Tel: 030 275 95 198
E-Mail: s.boie@offshore-stiftung.de
Internet: www.offshore-stiftung.de